

H-01/01 Änderungsantrag zu H-01 * Mit Bündnisgrüner Solidarität gegen Hass - Antrag zur Schaffung einer Stelle zur bundesweiten Beratung in Fällen von politisch motivierten Bedrohungen und Angriffen

Antragsteller*in: Hannah Marie Neumann KV Berlin-Lichtenberg * Daniela Cappelluti KV Frankfurt
Tagesordnungspunkt: H Haushalt

Antragstext

1 Wir Grünen machen uns gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung stark, sei es im
2 Kampf gegen Antisemitismus, Sexismus, Rassismus, Transphobie und/oder Homophobie. Wir
3 engagieren uns für Solidarität, Menschlichkeit und Demokratie. Das gefällt nicht allen,
4 manche reagieren darauf mit geballtem Hass. In den letzten Jahren gab es immer wieder
5 politisch motivierte Angriffe auf ehrenamtlich aktive und politisch sichtbare Mitglieder von
6 Bündnis 90/Die Grünen. Die Fälle von Hate Speech im Netz, Verleumdungen, Bedrohungen (auch
7 von Familienmitgliedern), tätlichen Angriffe, Sachbeschädigung von Geschäftsstellen oder
8 Privathäusern etc. nehmen leider zu und sie beschränken sich längst nicht mehr nur auf
9 medial sichtbare und prominente Vertreter*innen unserer Partei. Auch
10 Kommunalpolitiker*innen, Kreisvorstände oder LAG Mitglieder sind betroffen und es ist zu
11 erwarten, dass die Zahl der Angriffe mit der Zunahme von kommunalpolitischen Mandaten weiter
12 steigen wird.

13 So sehr diese Angriffe zeigen, dass unser leidenschaftlicher Einsatz wirkt; mit ihnen geht
14 auch eine starke psychische und physische Belastung für die Betroffenen einher. Meist ist
15 der Hass dort am extremsten, wo es unseres Eintretens für Demokratie und Menschlichkeit am
16 stärksten bedarf. Er trifft vor allem unmittelbar diejenigen, die sich vor Ort meist
17 ehrenamtlich für Grüne Inhalte stark machen. Dem gemeinsam entgegen zu treten und diejenigen
18 zu unterstützen, die sich dieser Aufgabe stellen, ist auch eine Frage der innerparteilichen
19 bündnisgrünen Solidarität.

20 Bisher gelingt es Bundes- und Landesbehörden nur mangelhaft, politisch aktive Menschen vor
21 derartigen Angriffen zu schützen. Deswegen wirken unsere Bundestags- und Landtagsfraktionen
22 in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich bereits auf die Schaffung derartiger Beratungs-
23 und Unterstützungsangebote hin. Bis aber ein flächendeckendes und verlässliches bundesweites
24 Netz an Anlaufstellen geschaffen ist, ist es Aufgabe der Partei Bündnis 90/Die Grünen ihre
25 Mitglieder vor solchen Übergriffen bestmöglich zu schützen, sie bei konkreten Vorfällen zu
26 beraten und Strategien zu entwickeln, um die Zahl und das Ausmaß der Angriffe so gering wie
27 möglich zu halten. Die Vermittlung einer adhoc Rechtsberatung, wie sie die
28 Bundesgeschäftsstelle bereits anbietet, ist ein guter erster Schritt. Sie reicht aber nicht
29 aus.

30 Deswegen fordern wir den Bundesvorstand auf, in Kooperation mit den Landes- und
31 Kommunalverbänden bis spätestens zum 01.04.2020 eine neue Stelle in der
32 Bundesgeschäftsstelle zu schaffen, die Menschen, die sich gegen rechte Hetze und Gewalt
33 einsetzen, bei akuten Bedrohungen und Hass unterstützt, in dem sie

- 34 • für Mitglieder und ihr soziales Umfeld in Bedrohungssituationen telefonisch erreichbar
35 ist und Nothilfe leistet bzw. passende weiterführende Angebote und Schritte bespricht
36 und den Weg begleitet (bspw. Rechtsanwalt, mobile Beratung, Meldesperre,
37 psychologische Unterstützung, Polizei, Staatsanwaltschaft),
- 38 • die aktuelle Bedrohungslage im Blick behält und potentiell gefährdete Mitglieder
39 (bspw. bei Neuaufnahme eines kommunalpolitischen Mandats in Risikoregionen) zu
40 möglichen Sicherheitsmaßnahmen berät,
- 41 • derartige Vorfälle anonymisiert dokumentiert und so Veränderungen in der
42 Bedrohungslage analysiert und transparent macht. Diese Analyse kann dazu dienen, den
43 Druck auf staatliche Behörden zu erhöhen und entsprechende Anlaufstellen auf allen
44 Ebenen zu schaffen und
- 45 • Schulungsangebote für Landes- und Kreisverbände zum Umgang mit Hass und politisch
46 motivierter Gewalt organisiert.

47 Da wir in unserem Einsatz gegen den Hass nicht allein sind, empfehlen wir diese Beratung
48 auch für Nichtmitglieder zu öffnen; zumindest solange, bis ein verlässliches bundesdeutsches
49 Netz an Anlaufstellen geschaffen wurde.

50 Zur Finanzierung der Stelle schlagen wir vor, dass pro Mitglied ein Euro vorab von der Summe
51 der staatlichen Teilfinanzierung, die von der Bundestagsverwaltung an die Grünen ausbezahlt
52 wird, abgezogen und für dieses Projekt bereitgestellt wird. Damit tragen alle Ebenen der
53 Partei ihren Anteil an der Umsetzung.

Begründung

Geeinter Antrag aus V-11 und V-12

weitere Antragsteller*innen

Sabrina Staats-Kriszeleit (Main-Taunus KV); Paula Louise Piechotta (Leipzig KV); Mathias Engling (NWM/Wismar KV); Gollaleh Ahmadi (Berlin-Spandau KV); Madeleine Henfling (Ilm-Kreis KV); Laura Sophie Dornheim (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Kathrin Klaas (Frankfurt KV); Mona Hille (Berlin-Mitte KV); Daniela Cappelluti (Frankfurt KV); Julia Eberz (Frankfurt KV); Peter Heilrath (München KV); Alexandra Alth (Reutlingen KV); Stephanie Schuhknecht (Augsburg-Stadt KV); Anett Dreisvogt (Hameln-Pyrmont KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Stefan Wolters (Köln KV); Felix Holfleisch (Bremen-Mitte KV); Jonathan Sieger (Köln KV); sowie 100 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.